EUROPÄISCHE INTEGRATION 17.08.2015 | Gerhard Stahl

Lehren aus der Griechenlandkrise

Für eine Rückbesinnung auf die Ziele der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Die "Griechenlandtragödie" im Rahmen der Eurokrise zeigt auch das Versagen der deutschen Politik. Die politische Einigung auf das dritte griechische Hilfsprogramm in letzter Minute darf nicht als Bestätigung der Austeritätspolitik gesehen werden. Zur Sicherung der langfristigen deutschen Interessen ist eine Rückbesinnung auf die Ziele der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) notwendig. Dies erfordert einen Politikwechsel.

Für viele Beobachter außerhalb der Europäischen Union ist es kaum verständlich, dass die wirtschaftlichen Probleme eines kleinen Landes, welches nur 1,2 Prozent der gemeinsamen Wirtschaftsleistung repräsentiert, die europäische Politik seit Monaten in Atem hält.

Im Kern geht es um die Frage, welche Interpretation der Wirtschafts- und Währungsunion sich durchsetzt. Bleibt es bei der Betonung der nationalen Verantwortung auch für die ökonomischen Sachverhalte, die sich in der EWWU der nationalen Kontrolle entzogen haben oder wird eine europäische Mitverantwortung und Solidarität akzeptiert, die über rückzahlbare Kredite hinausgeht.

Die EWWU ist das Kernstück, des bisherigen wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozesses. Sie ist ein politisches Projekt zur Stärkung des Zusammenhaltes und zur Sicherung der europäischen Position im internationalen Wettbewerb. Die Lösung der Eurokrise ist der Gradmesser dafür, ob es den europäischen Staaten gelingt, sich gemeinsam dem internationalen Wettbewerb zu stellen und die Möglichkeiten des Euro als der zweitgrößten internationale Reservewährung, zu nutzen.

Die EWWU hat drei wirtschaftliche und politische Gründungsmotive:

1) Die Erfahrungen der destabilisierenden Wechselkursschwankungen während der 1970er Jahre. Der Wechselkurs des Dollars zur DM schwankte in diesen Jahren zwischen 1,68 bis 4,20. Die Einführung des europäischen Währungssystems 1979 auf Initiative von Helmut Schmidt und Giscard d' Estaing beendete diese Währungsspekulationen. Die Äußerung des amerikanischen Finanzministers John Bowden Connally „der Dollar ist unsere Währung, aber euer Problem" wurde beantwortet, durch ein System fester, aber anpassungsfähiger Wechselkurse mit Beistandsverpflichtung.

2) In der Mitte der 1980er Jahre hat der damalige Kommissionspräsidenten Jaques Delors die Binnenmarkt-Initiative vorgelegt. Deren sukzessive Umsetzung führte Europa aus einer mehrjährigen wirtschaftlichen und politischen Stagnation. In der Schaffung des Binnenmarktes ist bereits eine Währungsunion angelegt. Durch eine gemeinsame Währung werden Wechselkursrisiken und höhere Transaktionskosten im Binnenmarkt beseitigt, grenzüberschreitende Zusammenarbeit erleichtert und damit wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung gefördert. Delors hat die Schaffung des Binnenmarktes mit Solidarität verbunden. Die Strukturfonds wurden mit der Einführung des Binnenmarktes stark erhöht. Im Rat wurde die Mehrheitsentscheidung auf wesentliche Elemente der europäischen Politik ausgeweitet und dafür die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments beschlossen. Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit durch mehr Markt und gemeinsame solidarische europäische Politik war die Richtung.

3) Die deutsche Wiedervereinigung gab Anfang der 1990er Jahre den politischen Rahmen, um die schon lange geforderte und diskutierte Währungsunion umzusetzen. Die Widerstände gegen die Wiedervereinigung in einem Teil der europäischen Öffentlichkeit konnten durch eine Vertiefung der europäischen Integration überwunden werden. Diese Lösung wurde von Kommissionspräsidenten Delors, Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterand vorgeschlagen und fand am Ende breite Unterstützung. Der Euro war die politische Antwort auf die weit verbreitete Befürchtung, dass ein wiedervereinigtes Deutschland die Nachkriegsordnung und die europäische Integration destabilisieren könnte. Die Aufgabe der nationalen Währung und die damit verbundene Souveränitätsübertragung auf die europäische Ebene

sollten eine gemeinsame europäische Politik auch für die Zukunft sichern.

Verkürzte Interpretation des EU-Vertrages

Die politische Logik einer Stärkung des Marktes durch die Währungsunion bei gleichzeitiger Unterstützung der Verlierer des verstärkten Wettbewerbs, fand auch seinen Niederschlag in der letzten EU -Vertragsänderung. Artikel 3 des EU-Vertrages fasst die Ziele folgendermaßen zusammen:

"Errichtung eines Binnenmarktes mit einer wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt. -> Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhaltes und der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. -> Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als Währung."

Die rot-grüne Bundesregierung hatte bei den Verhandlungen des EU-Verfassungsvertrages, der als Vorlage für den Vertrag von Lissabon diente, einer Stärkung des Solidaritätsgedankens noch ausdrücklich zugestimmt. Außenminister Fischer hatte die Aufnahme der Förderung des territorialen Zusammenhaltes als zusätzliches Vertragsziel im EU-Verfassungsvertrag befürwortet.

In den Folgejahren wurde die deutsche Interpretation der EWWU allerdings zunehmend verkürzt auf die „No-bail-out-Klausel“ in Artikel 125 AEUV, die eine Haftung für Staatsschulden der Partnerländer ausschließt.

Die ersten zehn Jahre der EWWU waren ein Erfolg

Die ersten Jahre der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 sind sehr erfolgreich verlaufen. Zum Erstaunen deutscher Nationalökonomen gab es deutliche

Fortschritte beim Zusammenhalt der Europäischen Union. Kapitalmarktzinsen zwischen den Mitgliedstaaten glichen sich an. Die weniger entwickelten Mitgliedstaaten im Süden Europas erlebten einen andauernden Wirtschaftsaufschwung mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten. Die regionalen Unterschiede in Europa nahmen ab. Nationale Bankenstrukturen begannen sich zu öffnen. Ein europäischer Kapital- und Finanzmarkt als logische Ergänzung eines europäischen Binnenmarktes begann sich schrittweise zu entwickeln.

Auch der Bundesrepublik gelang es, die wiedervereinigungsbedingte Wettbewerbsschwäche der Anfangsjahre zu überwinden. Dies erfolgte durch eine behutsame Reformpolitik, die den Aufbau Ost mit hohen staatlichen Transfers absicherte und sich nicht scheute, dafür auch die 3 Prozent Vorgabe des Stabilitäts- und Wachstumspakt für das gesamtstaatliche Defizit zu überschreiten. Die Eurozone dehnte sich kontinuierlich von ursprünglich 11 auf 19 Mitgliedstaaten aus.

Die internationale Finanzkrise erfordert eine Weiterentwicklung der EWWU

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise, die 2007 in den USA begann, wirkte sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Mitgliedstaaten der EU aus. Dieser externe Schock hat das harmonische Bild erschüttert. Aus einer Finanzkrise in den USA, die durch unseriöse Immobilienfinanzierungen ausgelöst und über komplizierte Finanzprodukte internationalisiert wurde, entwickelte sich in Europa eine Banken- und Wirtschaftskrise, welche in der letzten Stufe zu einer Staatsschuldenkrise mutierte.

In den ersten Jahren der EWWU haben die Finanzmärkte durch ein fast einheitliches Zinsniveau entscheidend zum Zusammenhalt der Euro-Zone beigetragen. In der Finanzkrise waren dagegen überschießende und spekulative Kapitalbewegungen die Ursache für krisenhafte Zuspitzungen. Noch 2008 gab es keine größeren Unterschiede im Zinsniveau von zehnjährigen griechischen und deutschen Staatsanleihen. 2010 musste für griechische Staatsanleihen bereits ein zehnfach höherer Zinssatz bezahlt werden, der 2011 bis auf das zwanzigfache der deutschen Zinsen stieg.

Die Wirtschafts- und Währungsunion mit freiem Kapitalverkehr machte Deutschland zum Krisengewinner. Verunsichert durch die Debatte über die Zukunft der Währungsunion suchten Anleger einen sicheren Hafen. Deutsche Ökonomen und Politiker die wieder begannen die Währungsunion in Frage zu stellen und den Ausschluss von Krisenländern forderten trugen zu dieser Verunsicherung bei. Das Geld floss von der Peripherie der EU ins Zentrum. Griechenland allein hatte eine Kapitalflucht von 80 Milliarden Euro. Die Anleger waren sogar bereit, Bundesanleihen für negative Realzinsen zu kaufen und somit dem deutschen Finanzminister "Geld zu schenken".

Auch deutsche Unternehmen verbesserten durch günstigere Finanzierungsbedingungen ihre Wettbewerbsposition gegenüber europäischen Konkurrenten. Die krisenbedingte Schwächung des Euro führte darüber hinaus zu verbesserten Exportchancen außerhalb der Euro-Zone. In den peripheren Krisenländern hörte der Kapitalmarkt dagegen auf normal zu funktionieren. Die Europäische Zentralbank musste für die erforderliche Liquidität sorgen.

Die Antwort der Euro-Staaten auf die internationale Finanzkrise war eine asymmetrische Strategie. Als die Wirtschaft und die Banken zu Beginn der internationalen Finanzkrise in eine Abwärtsspirale gerieten, wurde dies als ein gemeinsames europäisches Problem angesehen. Die EU beschloss daher 2008 ein Anreizprogramm mit 200 Milliarden Euro, welches Mitgliedstaaten zu zusätzlichen Ausgaben und Steuersenkungen animierte. Auch die Einhaltung der Defizitgrenzen des Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde vorübergehend ausgesetzt.

Als später einige vorwiegend kleinere Euro-Mitgliedstaaten in den Blick der internationalen Finanzmärkte gerieten und Refinanzierungsprobleme der Staatshaushalte bekamen, wurde festgelegt, dass die Verantwortung dafür national ist und durch Kürzungen der Staatshaushalte und Strukturreformen zu beantworten ist. Es wurde zwar ein neuer Beistandsmechanismus (ESM) als internationale Finanzinstitution geschaffen, der allerdings nur zum Ziel hat rückzahlbare Kredite zu gewähren. Die Entscheidung über Finanzhilfen erfolgt im Gouverneursrat des ESM durch die Finanzminister der 19 Euro-Staaten.

Der bisherige intergouvernemental organisierte Beistandsmechanismus erlaubt es nicht eine Vereinbarung zu erzielen, welche das gemeinsame Interesse der Euro-Zone im Blick hat. Das Wachstumspotential der Euro-Zone insgesamt zu stärken und die internationale Rolle des Euro als Anlagewährung auszubauen, stehen leider nicht auf der Tagesordnung der Verhandlungen. Jeder Finanzminister orientiert sich an seiner

nationalen Diskussion und die EU-Institutionen können nicht mitstimmen um eine Gesamtsicht einzubringen. Europa ist nicht mehr ein politisches Projekt, sondern bei der ausschließlichen nationalen Interessensvertretung angekommen.

Wie sollte es nun weiter gehen?

Auf den ersten Blick könnte die Einigung auf das dritte griechische Hilfsprogramm als Bestätigung für die bisherige Euro-Krisen-Politik gesehen werden. Kredite für Griechenland im Umfang von bis zu 86 Milliarden Euro wurden vereinbart, unter der Bedingung der Umsetzung eines strengen ökonomischen Anpassungs- und Austeritätsprogramms. Für einen Schuldenerlass gab es (noch) keine Zustimmung. Diese Einigung hat damit die Interpretation des deutschen Finanzministers erst einmal bestätigt, dass eine Staatsschuldenkrise, auch in der EWWU, eine rein nationale Verantwortung ist.

Die Konflikte zum dritten griechischen Hilfsprogramm und die mühsam erzielte Einigung zeigen allerdings, dass dieser Beistandsmechanismus für die Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion nicht ausreicht. Viele einschließlich des IWF zweifeln, ob Griechenland die bisherigen Kredite von 320 Milliarden Euro durch weitere Sparmaßnahmen, Privatisierungseinnahmen und Strukturreformen in Zukunft wirklich zurückzahlen kann. Außerdem gibt es zunehmend Kritik an den sozialen Folgen dieser Politik. Entspricht dies noch dem europäischen Gesellschaftsmodell und der sozialen Marktwirtschaft, welche die Grundlage des EU-Vertrages ist?

Es gibt einen systematischen Widerspruch zwischen einer Wirtschafts- und Währungsunion, die das Ziel hat nationale Grenzen für wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Aktivitäten zu beseitigen und Europa als Ganzes zu bauen und der Festschreibung nationaler Verantwortung. Wenn Staaten ihre Eingriffsmöglichkeiten durch Souveränitätsübertragung auf die europäische Ebene verlieren, dann muss auch ihre Verantwortung angepasst werden.

Außer der EWWU existiert keine Wirtschafts- und Währungsunion, die nicht substantielle Transfers zwischen den einzelnen Teilen vorsieht. Ob durch zentralstaatliche Programme im Rahmen der Sozialpolitik, durch Infrastrukturmaßnahmen, ob durch Finanzausgleich oder durch einen

Steuerverbund. In der EU sind die europäischen Strukturfonds, als einzig verfügbares Instrument gemeinschaftlicher Solidarität, mit einem Umfang von 0,3 Prozent des BIP nicht ausreichend.

Wie bescheiden dieses europäische Solidaritätsinstrument ist, zeigt sich im Vergleich zu dem Beitrag den Staaten für die internationale Solidarität aufwenden. Für Entwicklungshilfe geben etwa Schweden 1,1 Prozent, Großbritannien 0,7 Prozent und die Bundesrepublik immerhin noch 0,4 Prozent des BIP aus.

Eine deutsch-französische Initiative zur Weiterentwicklung der EWWU

Für die Weiterentwicklung der EWWU ist es unvermeidlich zusätzliche Finanzinstrumente aufzubauen. Erste Vorschläge liegen durch den Bericht der fünf Präsidenten der EU-Institutionen zur Weiterentwicklung der EWWU auf dem Tisch. Auch der französische Präsident Francois Holland hat im Anschluss an die Einigung über das dritte griechische Hilfsprogramm Vorschläge vorgelegt. Sie beinhalten eine Wirtschaftsregierung, eine parlamentarische Kontrolle und einen eigenen Haushalt der Euro-Zone.

Die Bundesregierung sollte bei den anstehenden Beratungen zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion ihre Position ändern und die Vorschläge von Francois Holland, als Basis für eine gemeinsame deutsch-französische Initiative aufgreifen. Auch bei der Umsetzung des dritten griechischen Hilfsprogramms und notwendigen Verhandlungen über die griechische Schuldentragfähigkeit sollte die Position des Hardliners aufgegeben werden. Für die deutsche Wirtschaft, welche einen strukturellen Leistungsbilanzüberschuss gegenüber den europäischen Partnern aufweist, ist die europäische Unterstützung von wirtschaftlich schwächeren Ländern und Regionen von besonderem Interesse. Das exportorientierte deutsche Wirtschaftsmodell lässt sich nur in einer langfristig stabilisierten EWWU weiter führen. Dafür ist ein zusätzliches Finanzinstrument notwendig, welches in Schwierigkeit geratene Euro-Staaten nicht nur Kredite gewährt, sondern begrenzte, an wirtschaftspolitische Bedingungen gebundene, Finanztransfers ermöglicht.



Gerhard Stahl
Peking

Gerhard Stahl ist seit 2014 Professor an der Peking University HSBC Business School und seit 2013 Gastprofessor am Europa-Kolleg in Brügge. Während der Einführung des Euros war er Stellvertretender Kabinettschef des EU-Kommissars für Wirtschaft und Währung, Pedro Solbes.

13 LESERBRIEFE

Enzio schrieb am 18.08.2015

Schon jetzt laufen Finanztransfers an in Schwierigkeiten geratene Eurostaaten, die an wirtschaftspolitische Bedingungen gebunden sind. Dieses vermeintlich zusätzliche Finanzinstrument ist also nicht notwendig sondern existiert schon. Für die deutsche Wirtschaft verliert der Euroraum auch an Interesse, weil ihre Exportorientiertheit sich andere Märkte sucht und gefunden hat. Wozu also aus deutscher Sicht einen eigenen Haushalt für die Eurozone mit einer parlamentarischen Kontrolle und einer

Wirtschaftsregierung? Dieser Integrationseifer um jeden Preis liegt ganz auf der Linie, der Kopfgeburt EU eine weitere hinzuzufügen. Wie viel EU-Skepsis wollen Sie eigentlich noch zusätzlich erzeugen? Reichen die Ergebnisse der letzten Wahlen zum EU-Parlament Ihnen noch nicht?

Wolfram schrieb am 18.08.2015

Meinungen zum Thema:

1. Offensichtlich ist die Währungsunion insbesondere für Deutschland vorteilhaft gewesen.

2. Eine Währungsunion ohne Vergemeinschaftung des Wirtschaftens scheint nicht dauerhaft zu funktionieren, beides gehört zusammen. Insofern war der Versuch, das Eine ohne das Andere zu tun, nicht zu Ende gedacht.

3. Das wiederum führt zu einem Länderfinanzausgleich analog Deutschland.

4. Folge ist eine gesteuerte Angleichung der Lebensverhältnisse. Damit das nicht zu einer einfachen

Umverteilung von wohlhabenden zu weniger wohlhabenden Ländern führt, ist eine aktive europäische Wirtschaftspolitik unvermeidbar.

5. Es gibt keine Sicherheit dafür, dass das ohne Reibungen funktioniert. Trotzdem scheint es unvermeidbar, weil a) die europäische Idee erstmals Jahrzehnte Frieden ermöglicht hat und b) Europa nur dann eine Rolle in der Zukunft spielen wird, wenn es ein großer Player in der Weltwirtschaft ist. Deutschland allein ist zu klein, um eine solche Rolle spielen zu können.

Hardy Koch schrieb am 18.08.2015

In diesem wohltuend pro-europäischen Artikel wird leider übersehen, daß die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse ein gravierender Teil des Problems wirtschaftlicher Ungleichgewichte darstellen. Das lässt sich alleine mit Beistands- und Transfermassnahmen nicht korrigieren. Wirtschaftspolitische Koordinierung beinhaltet, dass sich die Länder an ihrer eigenen Produktivität orientieren und das Inflationsziel respektieren. Immer noch gibt es

große Fragezeichen, wie denn ein angemessenes und stetiges Wachstum zu erreichen sei, damit soziale und ökologische Zielsetzungen stärker in den Fokus gelangen können. Investitionen in sparenden Volkswirtschaften sind aber schwer zu stemmen, wenn insbesonder Leistungsbilanzüberschüsse zu starken Kapitalabflüssen ins Ausland führen. Da muß die öffentliche Hand richtig Geld in die Hand nehmen und die schwarze Null aus dem Weg räumen.

Friedrich Grimm schrieb am 18.08.2015

Wer diesen Artikel ohne Scheuklappen aufmerksam liest, und ich glaube, das hier Geschriebene ist auch für einen Nichtstudierten verständlich, der kann diesen Aussagen von Prof. Gerhard Stahl nur zustimmen. Und wer heute nach über fünf Jahren immer noch der Sparpolitik von Merkel und Schäuble das Wort redet, der hat überhaupt nichts verstanden, auch wenn er angeblich studiert hat.

Es wird allerhöchste Zeit, dass unsere verantwortlichen Politiker einmal damit aufhören auf Umfrageergebnisse und nächste Wahlen zu schielen. Ihre Aufgabe ist es zukunftsgerichtete Politik zu machen. Dass dazu auch

unpopuläre Maßnahmen und Entscheidungen gehören müsste allen Menschen klar sein.

---

manfred fischer schrieb am 18.08.2015

Ein Großteil des Dilemmas besteht darin, dass Brüssel bis heute immer noch nicht seine ganzen Hausaufgaben gemacht hat - so kommt es immer wieder zu solchen Auswächsen und Irritationen.....

Manfred Fischer - Mannheim

---

andreas losert schrieb am 18.08.2015

Eine der Lehren aus der EU-Giechenlandkrise sollte sein, die Werteprinzipien des EU-Vertrages künftig vertraglich mit den langfristig stabilisierenden UN Kernzielen in Einklang zu bringen.
Die deutsch-französische Inititive sollte sich dabei im Hinblick auf den nahenden WELT-KLIMAGIPFEL in Paris, zunächst um die wirksame Öffnung des UN-Klimaschutz-Stellhebels für international engagierte EU Investoren kümmern, so dass auch schwächere EU-Länder, wie derzeit Griechenland , wieder echte EU-

Wachstumsperspektiven erleben können. Dass zudem über die UN Option zur Schaffung fairer Wettbewerbsvorausetzungen für den Welthandel, auch in Peking nachgedacht werden sollte, stellt jedenfalls der aktuelle Titel des Artikels von Professor Gerhard Stahl nicht in Frage.

Winfried Heidemann schrieb am 18.08.2015

Was in der Analyse von Prof. Stahl fehlt:
- ein Hinweis auf das nicht nachhaltige Wachstum auf Pump vorwiegend in südlichen Ländern: in GR hat extensive staatliche (Konsum-), in Spanien extensive private (Immobilien-)Verschuldung in das Dilemma geführt, in der Finanzkrise nicht mehr handlungsfähig zu sein,
- die immensen strukturellen Probleme der Staatsorganisation und einer stark klientelistischen Wirtschaft (nicht nur in GR!),
- eine differenzierte Betrachtung der EU-Strukturmittel nach Ländern und dort im Verhältnis zum jeweiligen Volkseinkommen - gerade GR hat immense EU-Mittel bekommen, die aber dort aus den genannten strukturellen Gründen nicht zu nachhaltigem Wachstum

geführt haben (einen Teil der Verantwortung dafür trifft auch die EU-Kommission!)

Und zu Hardy Koch's Argument der Leistungsbilanzüberschüsse: Das wird nicht zutreffender, wenn man es ständig wiederholt. Die deutschen Exportüberschüsse entstehen im Wesentlichen doch nicht gegenüber den Euro-Ländern, sondern gegenüber den Nicht-Euro- und den Nicht-EU-Ländern. Ohne die Überschüsse der deutschen Wirtschaft wären die bis 2012 negativen Salden der Eurozone wie auch der EU insgesamt noch weitaus stärker im Minus gewesen. Und betrachtet die Folgen für den Außenwert des Euro!

Richtig ist allerdings, dass wir auf Dauer in einer Währungsunion nicht ohne Finanz- und Wohlstandsausgleich auskommen werden. Da müssen sowohl die FES- als auch die Gewerkschaftsökonomen den Arbeitnehmern in Deutschland reinen Wein einschenken.

Hardy Koch schrieb am 18.08.2015

Hallo Winfried,

Dein Satz müßte richtigerweise lauten. "Die deutschen Exportüberschüsse entstehen im Wesentlichen doch nicht MEHR gegenüber den Euro-Ländern, sondern gegenüber den Nicht-Euro- und den Nicht-EU-Ländern." Da ist in Europa nämlich nicht mehr viel zu holen. Dies bedeutet jedoch, dass Deutschland, nachdem es seine ökonomische Vormachtstellung in Europa gesichert hat und nicht mehr abgibt, jetzt den europäischen Volkswirtschaften ausserhalb der EU - Drittstaateneffekt - die Märkte streitig macht. Das Problem eskaliert also jetzt ausserhalb der EU. Die Frage ist, wie lange geht das noch gut?
Das Konzept des sich gegenseitig unterbietens, wie dies ja auch von herausragenden Wirtschaftskapazitäten wie Carsten Schneider empfohlen wird, ist ein Selbststrangulierungsinstrument und führt Europa langsam in den Ruin. Dieses gegenseitige Wettbewerbsgezerre ist aber genau das Gegenteil von europäischer Wirtschaftspolitik oder europäischer Wirtschaftskoordinierung. Sprich doch mal mit Gustav Horn, der kennt sich da aus.

---

wisu162 schrieb am 18.08.2015

Der Konstruktionsfehler der Demokratie ist, dass Länder Schulden machen können.
Heisst Lebendsstandard vorziehen, die Folgen dann den nächsten Generationen überlassen.

Staaten, die gesamte europäische Union, läuft in eine demokratische Krise.

Wenn demokratische Politiker im Interesse ihrer Bürger denken würden, dann hätte man eine Finanzreserve aufgebaut. Für den Übergang.
Es werden neue Schulden gemacht, Zinsen gedrückt, Sparer enteignet.

Der Aufschwung in Spanien und Co.ist schnell erklärt.
Man konnte sich zu deutschen Konditionen verschulden.
Man hat Häuser gebaut, Straßen, und so gab es Jobs.

Wenn man für sich selbst Straßen baut, Häuser, da wurde vergessen, das Kredit ein Vorschuß für die Zukunft ist.
Vergessen hat man: wie schafft man mit Jobs die Gegenfinanzierung. Und Werten.

Was im Augenblick an Politikern unterwegs ist, wird von Wahlperiode zu Wahlperiode schlechter.
Die meisten haben nur Karriere in einer Partei gemacht.
Ökonomische Laienschauspieler.

Was verteilt wird, muss irgendwo an Werten erwirtschaftet werden.

Passiert noch in der Industrie, bei Dienstleistungen, die sich international vermarkten lassen.

Noch heisst: irgendwann rechnet sich das nicht mehr.

Hardy Koch schrieb am 19.08.2015

Der Konstruktionsfehler beim Denken ist, dass man folgendes gerne übersieht: Es gibt immer so viel Vermögen wie es Schulden gibt. Die Frage ist also nicht die nach dem ob, sondern nach dem wo.
Wo und wie verteilen sich Schulden und Vermögen, und welche Wirkung erzeugen sie dort wo sie kummulieren oder eben nicht?
Die Frage muß man auch im Zusammenhang mit Einkommen stellen, ohne diese beiden Dinge zu

vermischen.
In Deutschland übersteigt das gesamte Vermögen die Schulden, und das Ausland muß sich bei uns massiv verschulden, damit wir unser bischen Wachstum aufrecht erhalten können. Dies ist die Gegenrechnung für den Niedriglohnsektor und die Lohnmoderation in den letzten mehr als 20 Jahren. Dies ist der Druck der auf unseren "Handelspartnern" lastet. Wer die südeuropäischen Länder kritisiert, sollte erst einmal vor der eigenen Haustür nachschauen.
Konsequenz: Löhne rauf und produktive Investitionen und sinnvolle Erhaltungsinvestitionen ausdehnen. Und der Schutz der Bürger muß darin bestehen, dass man damit aufhört unternehmerisches Risiko zu "vergesellschaften". Unternehmen müssen im Wettbewerb stehen, nicht die Menschen oder ganze Volkswirtschaften. Sonst fliegt uns der "Wettbewerbskrieg" noch gehörig um die Ohren.

Winfried Heidemann schrieb am 19.08.2015

In einem gebe ich Hardy Koch Recht: Die deutschen Exportüberschüsse gegenüber den Euro-Ländern sind in den letzten Jahren zunehmend zurückgegangen. Damit

sind sie immer weniger ein Problem für den Euro-Raum insgesamt. Da sind verschwörungstheoretische Formulierengen wie Deutschland habe "seine ökonomische Vormachtstellung in Europa gesichert" und gebe sie "nicht mehr ab", irreführend. Richtig: Unternehmen stehen im Wettbewerb und nicht "ganze Volkswirtschaften" (wer hat so was behauptet?). Warum haben denn deutsche Unternehmen auf Märkten in andern Ländern oft die Nase vorn? Weil ihre - oft hochpreisigen und mit relativ hohen Löhnen hergestellten - Produkte sich im Qualitätswettbewerb durchsetzen und viele von ihnen - auch Mittelständler - Weltmarktführer sind, die nicht nur Produkte verkaufen, sondern auch die damit verbundenen Dienstleistungen (Wartung, Reparatur usw.) Und das wiederum hat doch auch mit gut qualifizierten Fachkräften, mit den industriellen Beziehungen usw. zu tun (nicht zu Unrecht legt die IG Metall Wert darauf, dass sie auch "Dienstleistungsgewerkschaft" ist!). Das ist wesentliche Ursache der Stärke deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten, nicht die immer wieder beschworenen Niedriglöhne! Und wenn man sich die Handelsbilanz Deutschlands mit Griechenland anschaut: was können griechische Unternehmen im Austausch gegen deutsche

Maschinen und Medikamente liefern? Da kommt als Ausgleich in der heutigen Struktur der griechischen Wirtschaft nur der Tourismus in Betracht. Doch um mehr deutsche Urlauber nach GR zu holen, müssten die Angebote griechischer Touristikbetriebe billiger oder qualitätsvoller werden im Vergleich etwa zu solchen aus der Türkei. Last not least: "Löhne rauf" macht sich immer gut, klingt wie "Freibier für alle".

---

manfred fischer schrieb am 20.08.2015

Zu allem würde Paul Watzlawik sagen -Ist es das?

GR braucht wohl Jahrzehnte, um allein einen ausgewogenen Haushalt zustande zu bekommen.

Im Moment ist alles Flickschusterei, die Angst von unserer Alma Mater > Angi, der EURO könnte sonst womöglich den Bach runtergehen. Ist das so? .....

Nun denn - weiter so
Manfred Fischer

Hardy Koch schrieb am 20.08.2015

Für die Verwendung des Begriffs „Verschwörungstheorie“ gibt es jetzt wohl fast überall Zusatzhonorare. Sei‘s drum. Es ist ganz offensichtlich nicht mehr möglich, die Entwicklung von Lohnstückkosten, und die Konsequenzen die sich daraus, z.B. auf der Zeitschiene, ergeben, zu erklären. Da waren wir auch mal weiter. Und welche Konsequenzen sich daraus ergeben, dass kleine Volkwirtschaften über, aber große Volkswirtschaften unter ihren Verhältnissen leben, wussten wir auch schon mal. Die Frage ist ja nicht, wie intensiv eine Volkwirtschaft am grenzüberschreitenden Handel beteiligt ist. Einem Land ohne nennenswerten Außenhandel muss es nicht notwendigerweise schlecht gehen. Sondern entscheidend ist, wie sich ökonomische Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften durch Schieflagen in den Leistungsbilanzen aufbauen. Dass dies nicht alleine oder vordergründig eine Frage der Qualität ist, macht gerade der VDA deutlich. Herr Wissmann hat der deutschen Regierungsdelegation, auf dem Weg nach Brasilien, den Auftrag erteilt, Handelsbarrieren für die deutsche Automobilindustrie zu schleifen. Das nennt man wohl marktkonforme Demokratie; von wegen die

Volkswirtschaften befinden sich nicht im Wettbewerb. Dies ist des deutschen Merkantilismus nächster Streich. Viele nennenswerte werden nicht mehr folgen können. Und dann schauen wir mal, was die Prediger der säkularen Stagnation zu dem Thema zu sagen haben.
